



Notfallquote kratzt an Dublin

Das Dublin-System hat vor allem Nachteile. Dies erkennen mittlerweile auch viele Mitgliedstaaten der EU und plädieren für einen Verteilungsschlüssel. Doch auch dieses Konzept birgt bislang kaum eine Verbesserung für Geflüchtete. Von Ska Keller



Abgeschoben nach Italien: Spenderkreis hilft nigerianischer Familie

EHINGEN 8.6.2015
*Arbeitskreis Asyl
 Donauwörth: Elisabeth Havelka lernte die nigerianische Familie Osazee kennen. Sechs Monate später werden Emmanuel und Precious mit ihren zwei kleinen Kindern abgeschoben – nach Italien. Die Familie landet in Castel Volturno. Dort sind die Hälfte der Bevölkerung Flüchtlinge. Elisabeth Havelka gründet einen Spenderkreis: Die Familie kann sich eine Unterkunft leisten. Die Unterstützer hoffen, dass die Familie aus der Perspektivlosigkeit in Italien entfliehen und wieder nach Deutschland ziehen kann.<*

Menschen, die von Krieg, Verfolgung, Klimawandel oder welchen Gründen auch immer nach Europa fliehen, lernen, einmal angekommen, schnell eine neue Vokabel: „Dublin“. Dublin ist zum Synonym geworden für Abschiebehaft, monatelange Unsicherheit, Trennung von Familien, Verschleppung von Asylanträgen: Das Spiel mit Menschen im Namen eines politischen Theaters. Geflüchtete und ihre Unterstützerinnen und Unterstützer wissen schon lange um das Leid, das Dublin verursacht. Doch neuerdings überlegen auch einige Regierungen, ob sie die Dublin-Verordnung eventuell ändern wollen. Denn auch aus einer Logik der Abschiebung heraus bringt Dublin wenig: Dänemark verschickt Flüchtlinge an Schweden, Schweden an Deutschland, Deutschland an Österreich, Österreich an Schweden. Da alle Sender und Empfänger gleichzeitig sind, ändert sich für viele Mitgliedstaaten die Zahl der Flüchtlinge, um die sie sich kümmern müssen, nur unerheblich.

Das Dublin-System, das die Zuständigkeit für Asylsuchende in der EU regelt, hat nur Nachteile. Trotzdem halten nach wie vor viele Mitgliedsstaaten daran fest. Denn Dublin ist auch ein politisches Versprechen, die Staaten zu bestrafen, die nicht

genug *gegen* Migration tun. Zuständig für Schutzsuchende ist nämlich immer der Mitgliedstaat, in dem Asylsuchende zuerst ihren Fuß auf europäischen Boden gesetzt haben. Damit ist der Anreiz klar: Die Staaten sollen nichts unversucht lassen, Menschen draußen zu halten, damit sie ihr Recht auf internationalen Schutz nicht wahrnehmen können. Die Toten im Mittelmeer und die Zäune an den Außengrenzen sind Zeugnis davon.

An Dublin schrauben: der Verteilungsschlüssel

Der Druck auf Dublin hat jedoch zugenommen: Die südlichen Grenzstaaten beschwerten sich lautstark. Sogar die deutsche Bundesregierung ist mit Dublin nicht mehr zufrieden, seitdem Deutschland besonders viele Flüchtlinge zu versorgen hat. Andere Staaten mit niedrigen Flüchtlingszahlen sperren sich aber nach wie vor gegen eine Reform, sogar wenn sie nur vorübergehend greifen soll. Gerade hat die EU-Kommission vorgeschlagen, für den aktuellen Notfall der Überforderung Italiens und Griechenlands, einen Verteilungsschlüssel greifen zu lassen. Damit würden



Ska Keller,
grüne Europaabgeordnete, flüchtlingspolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament

über die nächsten zwei Jahre 40.000 syrische und eritreische Flüchtlinge aus Italien und Griechenland auf andere EU-Länder umverteilt. Selbst gegen diese minimale Zahl gibt es Widerstand. Der Verteilungsschlüssel für den Notfall ist ein Trippelschritt in die richtige Richtung. Die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten wird durch 40.000 Plätze zwar eher symbolisch angegangen, aber immerhin. Flüchtlinge, die jetzt tage- und wochenlang auf griechischen Inseln oder Sizilien festhängen, können zumindest darauf hoffen, dass ihr Asylantrag im neuen Aufnahmeland schneller entschieden wird, als in den überforderten örtlichen Behörden.

Der Verteilungsschlüssel rechnet am eigentlich Problem vorbei

Der von der EU-Kommission vorgeschlagene Verteilungsschlüssel hat allerdings einen entscheidenden Haken: Falls die Flüchtlinge wegen Sprachkenntnissen, Familie oder Jobaussichten in ein bestimmtes Mitgliedsland wollen, haben sie schlechte Karten (Anerkennungschancen werden bei der Notfallquote kaum eine Rolle spielen, denn nur Flüchtlinge mit einer sehr hohen Anerkennungschance kommen überhaupt in das Verteilungsprogramm). Für den Verteilungsschlüssel bleiben Flüchtlinge letztlich Zahlen, die sich mal eben hin und her schieben lassen. Das ist schlecht für die Flüchtlinge, aber auch für die Mitgliedstaaten. Denn Menschen, die nicht da sind, wo sie sein wollen, werden stets versuchen, dorthin zu gelangen, wo sie sein möchten. Das heißt dann: weitere Abschiebungen zurück in die zuständigen Länder. Weder an der menschlichen Tragödie noch an dem polizeilichen Aufwand und dem Verwaltungsaufwand ändert sich irgendetwas durch einen Verteilungsschlüssel, egal ob vorübergehend oder langfristig festgelegt. Beides lässt sich nur positiv beeinflussen, wenn die Asylsuchenden die Möglichkeit haben, dorthin zu gehen, wohin sie wollen. Und warum auch nicht? Wer in das Land gehen kann, in dem er oder sie die Sprache spricht oder Verwandte hat, hat dort bessere Integrationschancen und ist weniger auf staatliche Unterstützung angewiesen.

Echte Dublin Alternativen zerschellen an einzelnen Mitgliedsstaaten

Wichtig bleibt aber, dass sich alle Mitgliedsstaaten beteiligen. Das kann über einen finanziellen Ausgleich passieren. Aber nur Geld wäre nicht fair und wenig hilfreich. Zumal ein Freikaufen von der Flüchtlingsaufnahme wie moderner Menschenhandel anmutet. Staaten, in die wenige Flüchtlinge wollen, könnten aber beispielsweise diejenigen aufnehmen, die kein bestimmtes Zielland haben. Damit solche Staaten für Flüchtlinge attraktiver werden, könnten sie auch Flüchtlinge aus Flüchtlingslagern außerhalb der EU aufnehmen. Die EU-Kommission hat zusätzlich zum Verteilungsschlüssel für die Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU ein europäisches Resettlement-Programm für die Aufnahme von 20.000 Flüchtlingen vorgeschlagen. Darüber könnten auch in Mitgliedstaaten, die bisher für Flüchtlinge kaum attraktiv sind, neue Communities entstehen, die dann Nachzügler anziehen.

Ideen gibt es also genug. Mit der Durchsetzung wird es trotzdem schwierig. Denn Regierungen scheinen lieber Naturkatastrophen auf sich zu nehmen als Flüchtlinge. Es gibt kaum eine Regierungschefin oder einen Regierungschef, die oder der sich öffentlich zur humanitären Verantwortung bekennt und dabei nicht die Nachbarn, sondern sich selbst meint. Doch Rassismus kann man nur bekämpfen, indem man ihm entgegentritt, nicht indem man ihm Legitimität gibt durch Gesetze, die Flüchtlinge diskriminieren. Das Europäische Parlament ist kritischer, aber alleine kann es keine Dublin Reform durchziehen. Die Regierungen werden sich allerdings nur bewegen, wenn sie merken, dass es starken öffentlichen Druck für die Rechte von Geflüchteten gibt.<



35 verhinderte Dublin-Abschiebungen

OSNABRÜCK 8.6.2015
Seit März 2014 wurden in Osnabrück 35 Abschiebungen verhindert. Das Osnabrücker „Bündnis gegen Abschiebungen“ erklärt, wie sie das erreicht haben: Per Telefonkette und SMS-Verteiler wird über anstehende Abschiebungen informiert und sich dann vor den Geflüchtetenunterkünften versammelt, um die abzuschickende Person und eintreffende Beamtinnen und Beamte nicht zusammenkommen zu lassen. Dieser erfolgreiche Einsatz ist zum Vorbild für viele Initiativen geworden.<